

Bezugspreis:

Bestellpreis 20.— M., monatlich 10.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Ver-  
bände monatlich 10.— M., z. H. für  
Belastungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 16.10 M.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmal Auslieferung 21.50 M. Postbe-  
stellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Preussisch-Schlesien  
und die Schweiz. — Einbezogen in  
die Postverteilungs-Preise.  
Der „Vorwärts“ mit der Kommuni-  
stischen „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-  
täglich zweimal. Sonntags und Feiertags  
einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgesetzten Kompositionen  
werden — 2. Teuerungszuschlag 50%  
„Kleine Anzeigen“ des all-  
gemeinen Wort 1.— M., täglich zwei-  
malgedruckte Worte, jedes weitere  
Wort 50 Hg. Stellenanzeigen und  
Schlafstellenanzeigen das erste Wort  
60 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%  
Familien-Anzeigen für Abonnenten  
Seite 2.— M., politische und so-  
zialistische Verlags-Anzeigen  
2.— M., die Seite ohne Aufschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Lager des Verlags, Berlin S.W. 3, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gestrichel  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3  
Rechnungskonten: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Dienstag, den 18. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3  
Rechnungskonten: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

## Unhaltbare Zustände.

In Entente-Kreisen soll man über die deutsche Note, die über die zunehmende Unsicherheit in Oberschlesien klärt, nicht sehr erbaud gewesen sein. Wie notwendig sie aber war, zeigen die zahlreichen, täglich einlaufenden Meldungen über Verbrechen in Oberschlesien. Ueber den Massenmord in Karlsberg melden wir im Morgenblatt. WTB. berichtet weiter:

Freitag abend wurde in die Wohnung des Oberingenieurs M. in Paruschkow eine Brandbombe geworfen, die großen Sachschaden verursachte.

Am 15. Januar nachmittags 6 Uhr drang in Poloschkow eine bewaffnete Bande von etwa 20 Mann ein. Sie plünderte das Gasthaus der Frau Koch, raubte 40000 M., ferner Leibwäsche, Schuhe und Kleidung. Dann suchten sie nach dem Pflege Sohn der Frau Koch, namens Bialek, der deutsch gelernt war und schon einmal nach Polen verschleppt wurde, nach seiner Rückkehr aber seine Erlebnisse erzählte. Die Banditen fanden den jungen Mann und verschleppten ihn aufs neue. Am Tage darauf wurde er im Walde bei Poloschkow tot aufgefunden. Die Leiche war in grauenhaftem Zustand.

Auf die katholische Schule in Kreuzdorf wurde ein Bombenanschlag verübt. Nach dem Attentat versuchte der Hauptlehrer das Gebäude zu verlassen, um mit den Banditen zu verhandeln. Er wurde jedoch mit Revolverkugeln empfangen und mußte fliehen.

Aus ober-schlesischen Blättern könnte man die Liste täglich ergänzen. Auffällig ist, daß sich die Verbrechen hauptsächlich gegen Deutschgesinnte richten. Der Zweck der Mordtaten ist durchsichtig. Durch Terror will man auf polnischer Seite die sich für Deutschland entscheidenden Oberschlesier von der Abstimmung fernhalten. Vielleicht denkt man auch daran,

auf diese Weise die in Deutschland wohnenden Oberschlesier von der Zureise abzuhalten. Unbedingt Pflicht der Interalliierten Kommission ist es, diesen Zuständen schleunigst ein Ende zu machen. Wie sehr dieser unerträgliche Druck das Abstimmungsresultat zu beeinflussen imstande ist, weiß sie selbst am besten.

### Richtlinien für Brüssel.

London, 18. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Seite zu der bevorstehenden Pariser Konferenz, die britische Ansicht gehe dahin, daß eine Einigung in der Entwaffnungsfrage wahrscheinlich bald gefunden werden wird, ohne daß lange Erörterungen dazu notwendig sind.

Mit Bezug auf die Reparation halte man es nicht für möglich, daß irgend etwas einer endgültigen Regelung Gleichkommendes auf der Pariser Konferenz erwartet werden kann. Wahrscheinlich werde man in dieser Frage nicht über einen allgemeinen Meinungsaustausch hinauskommen. Man sei in London der Ansicht, daß sich nichts Endgültiges ergeben kann, bevor weitere Nachrichten aus Deutschland vorliegen. In der Entschädigungsangelegenheit sei die Frage nicht nur, was die Alliierten wollten, sondern was sie bekommen könnten.

### Frankenlohnung im Saarrevier?

Saarbrücken, 18. Januar. Zu der gegenwärtig schwebenden Frage der Frankenlohnung der Eisenbahner wird bekannt, daß nunmehr Minister Lambert dem von den Gewerkschaften gemachten Vorschlag zugestimmt hat, eine allgemeine Urabstimmung der Eisenbahner über diese Frage stattfinden zu lassen. Das Ergebnis der Abstimmung soll Sonnabend morgen vorliegen.

brüderlich warme Unterstützung der kommunistischen Internationale. Nieder mit dem Reformismus! Es lebe die wahre kommunistische Partei Italiens.

Vorsitzender: Sinowjew, Grussen und Armenien: Zhabajda, Berlin: Sultan Sabo, England: Tom Snech, Holland: Janfer, Frankreich: Kosmer, Deutschösterreich: Karl Steinhardt, Amerika: Hadwich, Lettland: Stutiska, Dänemark: Kade Joergensen, Ungarn: Bela Khan und Veirga, Bulgarien: Chabine, Rußland: Lenin, Trozki, Bucharin, Internationale der Jugend: Schaglin, Internationaler Rat des professionellen Verbandes: Bofonsky, Mitglied des Aktions- und Propaganderats: „Völker des Offens“: Pantomow.

Darin stimmen wir mit den Vertretern der III. Internationale allerdings überein, daß es gelingen wird, den Bruch innerhalb der sozialistischen Partei Italiens in Livorno zu vollziehen. Gedient wird damit aber weder der Arbeiterklasse noch dem Sozialismus. Im Gegenteil, die Lenin und Trozki sind heute der größte Hemmschuh für Aufwärtsentwicklung und Fortschritt.

### Parteispaltung in Norwegen und Böhmen.

Kristiania, 18. Januar. Am Sonnabend und Sonntag tagte in Kristiania die Landeskongress der sozialdemokratischen Oppositionsgruppe (die sich gegen die in Norwegen übliche Moskauerbegeisterung richtete). Eine vom Vorstand eingebrachte Resolution erklärte die Opposition als eigene Partei. Sie wird unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens“ vom 1. März ab organisiert werden. Alle Sozialdemokraten, die mit den Moskauer Beschlüssen nicht übereinstimmen, werden aufgefordert, sich der neuen Partei anzuschließen.

Prag, 18. Januar. (U.) Gestern nachmittags fand nach zweitägiger Beratung in den Klubräumen des Abgeordnetenhauses die entscheidende Konferenz aller Politiker und Chefredakteure der deutsch-sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakischen Republik statt. Die kommunistische Kreisgruppe in Reichenberg wurde mit 50 gegen 7 Stimmen aus der Partei ausgeschlossen. Der „Vorwärts“ hört auf, Parteiorgan zu sein.

### Beratungen des internationalen Arbeitsamts

Paris, 18. Januar. (U.) Auf der Tagung des internationalen Arbeitsamts in Genf beschäftigte man sich nach Erledigung von Organisationsarbeiten mit der Frage der Ratifikation der internationalen Arbeitsvorschriften des Friedensvertrages durch die amerikanische Regierung. Joubert (Frankreich) stellte die nachdrückliche Forderung, daß alle Parlamente in den vorgeschriebenen Fristen das Abkommen ratifizieren. Auf der Tagesordnung der Sitzung steht weiter die Regelung der Landarbeit. Bekanntlich hat sich die Schweizer Regierung gegen die Anwendung des Achtstundentages für die Landarbeit ausgesprochen und hat die Abfertigung dieser Frage von der Tagesordnung der allgemeinen Tagung beantragt. Die Ansichten beim Verwaltungsrat sind sehr geteilt.

### Kettensprenger.

Eins haben die Moskauer Diktatoren mit den Deutschen Volksparteisern gemein. Auch sie sind Kettensprenger und ihr Befreiungswerk ist ebenso unfruchtbar und verderblich wie das der Deutschen Volkspartei. Die unsichtbaren Ketten der Soldatität, die die Arbeiterschaft der gesamten Welt vereinen, suchen sie zu zerstören. Wie in Halle und Tours, so auch auf dem italienischen Sozialistentag in Livorno. Wir berichteten bereits über das Moskauer Telegramm, das den italienischen Sozialistenführer Serrati in gebärgigster Weise angreift und stürmischen Protest auslöst. Es verdient wörtlich wiedergegeben zu werden und lautet:

Liebe Genossen! Der Versuch unserer Vertreter Sinowjew und Bucharin, an Eurem Kongress teilzunehmen, ist — wie Euch wohl bekannt — und nicht durch unsere Schuld mißlungen. Die Genossen Serrati und Barotano, die die Absicht hatten, zur Befreiung mit uns zu kommen und die wir erwarteten, sind nicht eingetroffen. Erlaubt uns also, telegraphisch unsere brüderlichen Grüße zu senden und Euch folgendes zu erklären:

Wir verfolgen sorgfältig auf Grund Eurer Presse den Kampf der Richtungen in Eurer Partei im Verlaufe der letzten Monate. Die Fraktion der Kommunisten hat leider die schlechtesten Prophezeiungen bestätigt, was wenigstens die Führer dieser Fraktion anbetrifft. Im Namen der Vereinigung mit den Reformisten sind die Führer der Unitari bereit, mit den italienischen Kommunisten zu brechen; d. h. auch mit der kommunistischen Internationale. Italien befindet sich in einer revolutionären Epoche. Unter diesen Umständen macht es den Eindruck, als ob die Reformisten, wie auch die Anhänger des Zentrums, in Italien mehr links stehen als in anderen Ländern. Für uns ist es immer mehr klar und unzweideutig, daß die Fraktion, die in Italien Genosse Serrati führt, in Wirklichkeit die Fraktion des Zentrums ist, die bei der allgemeinen revolutionären Situation in Italien nur äußerlich mehr radikal auftritt als die Anhänger des Zentrums der anderen Länder. Unabhängig davon, welche Richtung auf Eurem Kongress die Mehrheit haben wird, erklärt das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale offiziell und kategorisch: Der Beschluß des 2. Weltkongresses der kommunistischen Internationale verpflichtet alle Parteien der kommunistischen Internationale zum Bruch mit den Reformisten. Wer diesem Beschluß zuwiderhandelt, der bricht den wichtigsten Beschluß des 2. Kongresses der kommunistischen Internationale und stellt sich somit außerhalb der Reihen der kommunistischen Internationale. Keine Unitari der Welt sind imstande, die kommunistische Internationale zu überzeugen, daß die Redaktion der ultrareformistischen Zeitschrift „Critica sociale“ die Anhängerin der Diktatur des Proletariats ist. Keine Diplomaten sind imstande, uns zu überzeugen, daß die Fraktion der Reformisten die Anhängerin der proletarischen Revolution ist. Wer in die kommunistische Internationale die Reformisten hineinmuggeln will, der verrät die proletarische Revolution und der ist nicht unser Kampfgenosse. Komme, was will. Eine kommunistische Partei Italiens wird gegründet werden. Daran zweifeln wir nicht. Diese Partei wird die Sympathien der Klassenbewußten Proletarier der Welt gewinnen und

## Wohnungsluxus—Wohnungsnot

Von Richard Lohmann.

Seit der Gedanke einer Wohnungsluxussteuer in Groß-Berlin aufgetaucht ist, läuft die Presse der Reaktion Sturm dagegen und wirft Bataillone von „sozialen“ Bedenken in den Kampf, um zu verschleiern, daß hier in Wahrheit die alte Burg der Klassenprivilegien und der Vorrechte des größten Geldbeutels von ihr verteidigt werden soll. Der Hansabund hat unter der bewährten Führung seines „Fachmanns“ Labendorff sogar eine Protestversammlung in Szene gesetzt, die mit sozialen Lappen drapiert war, und neuerdings haben ja bekanntlich auch die Demokraten den Mut aufgebracht, ihren Vertreter im Ausschuss gegen die Steuer stimmen zu lassen. Sie werden sich die Sache fraglos noch einmal überlegen.

Aber angesichts des preussischen Wahlkampfes, dessen größter Teil noch vor uns liegt, dürfte es doch an der Zeit sein, dem bürgerlichen Bloß gegen die Wohnungsluxussteuer die Maske vom Gesicht zu reißen und die Interessen-gemeinschaft, die hier auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge getrieben wird, in aller wünschenswerten Klarheit aufzuzeigen.

Die Wohnungsluxussteuer, die am Donnerstag im Rathaus beschlossen werden soll, ist eine ausgeprägte Zwecksteuer, und zwar im doppelten Hinsicht. Sie will einmal durch das Anziehen der Steuerschraube einen kräftigen Druck zur Abgabe überflüssiger Wohnräume ausüben, und sie will sodann die trotzdem noch bestehenden Erträge der Steuer für Zwecke der Wohnungsfürsorge, in erster Linie für Siedlungen und Wohnhausbauten auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, verwenden.

Die Abgabe überflüssiger Wohnräume ist noch längst nicht in dem angeführten allgemeinen Wohnungsnot erforderlichen Maße durchgeführt, darüber dürfte in allen unterrichteten Kreisen Uebereinstimmung herrschen. Die Wohnungsämter haben die auf sie gesetzten Hoffnungen durchaus nicht erfüllt. Es ist ganz gewiß richtig, daß ein großer Teil der überflüssigen Räume in Villen, Schlössern und Luxuswohnungen nicht zur gesonderten Vermietung geeignet ist; aber es ist ebenso richtig, daß noch hunderte von Wohnräumen für diesen Zweck verfügbar gemacht werden könnten — bei einigermaßen gutem Willen der Inhaber großer Wohnungen. Der Appell an diesen guten Willen, an das Verständnis für die sozialen Not des Augenblicks ist leider vergeblich verhallt; so muß dem Druck auf den Geldbeutel den Druck auf das Herz ersetzen. Und er wird zweifellos seine Wirkung nicht verfehlen. Schon jetzt bemerkt man in den Kreisen der bisher unerhöhrlichen Großwohnungsmieter ein geschäftiges Suchen nach geeigneten Untermietern, nach Möglichkeiten einer Wohnungsteilung, der Abgabe entbehrlicher Räume. Wenn durch die Wohnungsluxussteuer auch nur dieser eine Zweck in größerem Umfange erreicht würde, so wäre sie eine soziale Tat.

Das Märchen von der sozialen Ungerechtigkeit der Steuer ist doch allzu plump, um bei halbwegs Urteilsfähigen Glauben zu finden. Den eben verstorbenen treusorgenden Gatten, der seine arme, kinderlose Witwe allein in der Dreizimmerwohnung zurückläßt, sollte man endlich im Grabe ruhen lassen. Für solche Ausnahmefälle ist in der Steuerordnung ausdrücklich ein sogenannter Härte-Paragraf geschaffen, der die Steuerbefreiung auf Befürwortung der Wohnungsdeputationen ermöglicht. Betroffen von der Steuer werden und sollen werden: Junggesellen, die in einer drei- oder mehrzimmrigen Wohnung haufen, kinderlose Ehepaare in Bierzimmerwohnungen, Familien mit einem Kinde in Fünfstückerwohnungen usw., in erster Linie aber natürlich fast alle Besitzer von 7, 8 oder mehr Zimmern, von Prunkwohnungen, Luxusvillen u. dgl. Sie alle können die Steuer bezahlen — oder auf die überflüssigen Zimmer zugunsten der Allgemeinheit verzichten.

Es ist ganz gewiß richtig, daß die Grenze zwischen Wohnungsluxus und Wohnungskultur schwer zu ziehen ist. Aber die Frage heißt ja heute eben keineswegs: Wohnungskultur oder nicht?, sondern sie heißt: Wohnungsleind oder nicht? Wir können es uns nicht mehr leisten, einer kleinen Oberschicht ihre an Luxus grenzende Wohnungskultur zu gestatten, während Tausende in elenden Kellerlöchern haufen oder überhaupt kein Dach über dem Kopfe haben. Auf diese bittere Tatsache müssen sich gerade diejenigen Kreise einstellen, die eine bisher gerechtfertigte oder mindestens verzeihliche Raumoerschwendung zugunsten dieser Wohnungskultur trieben und nun infolge der zunehmenden Proletarisierung die Luxussteuer nicht mehr tragen können. Hierzu gehört in erster Linie die höhere Beamtenschaft mit ihrer aus der Vorkriegszeit stammenden, „standesgemäßen“ sechs- oder siebenzimmerwohnung. Die Not der Zeit, die Not der Allgemeinheit fordert von ihnen eine Einschränkung des nicht mehr „standesgemäßen“ Luxus, und es ist gar kein Grund einzusehen, warum hier Ausnahmen zugelassen werden müßten.

Bei gutem Willen werden alle diejenigen, die ihrer wirtschaftlichen Lage nach die Steuer nicht tragen könnten, Räume



für Untermieter oder wenigstens zur Aufbewahrung von Akten, Möbeln u. dgl. zur Verfügung stellen können. Einige Unbequemlichkeiten wird man dabei freilich wohl oder übel mit in den Kauf nehmen müssen. Bekanntlich hat gerade diese Frage die Gemüter ganz außerordentlich und über Gebühr erregt und u. a. die Demokraten zur Preisgabe der ganzen Steuer veranlaßt.

Der Grundsatz: „Wer nicht abgeben kann oder will, muß zahlen,“ darf aber unter keinen Umständen durchlöcherig werden, wenn der Umgehung nicht Tür und Tor geöffnet werden soll. Nicht wollen und nicht können sind hier Geschwisterkinder, der Fall des Nichtkönnens ist auch bei jeder Luxuswohnung unschwer zu konstruieren. Es ist nur gerecht, daß jeder, der mehr Räume, als ihm zukommen, für sich in Anspruch nimmt und nicht direkt durch Abgabe von Zimmern zur Verringerung der Wohnungsnot beitragen kann, nun indirekt durch seine Steuer Mittel zum Neubau von Wohnungen zur Verfügung stellt.

Die Steuer will also die Bautätigkeit fördern, nicht etwa unterbinden oder auch nur hindern. Ob man mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit Neubauten überhaupt von der Besteuerung freilassen sollte, ist mehr als fraglich. Eine Erwerbslosenfürsorge, die die drückenden Kräfte der Arbeitslosen zur Befriedigung von Luxusbedürfnissen einsetzt, darf schwerlich noch als „produktiv“ angesprochen werden. Im Interesse der Allgemeinheit müssen alle Mittel und alle Kräfte für die Schaffung notwendiger Wohnräume bereitgestellt werden. Das ist die wirksamste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und einen Teil der hierfür leider so spärlich zur Verfügung stehenden Geldmittel soll die Wohnungsluxussteuer aufbringen helfen.

Es ist schlechterdings unverständlich, wie die bürgerlichen Parteien den Mut aufbringen wollen, ihre Wählerarbeit gegen eine solche Steuer vor der breiten Masse unseres Volkes und vor dessen wirtschaftlicher Not zu verantworten. Es ist noch unverständlich, wie sie ihre eigene Volksfeindschaft hinter der Geheimratsbureaucratie verstecken wollen und die Regierung als Aufsichtsbehörde gegen diese Steuer mobilzumachen versuchen. Eine Abklemmung oder auch nur Verjögerung gerade dieser Steuer, die aus der Not unseres Volkes heraus geboren ist, würde man allen reaktionären Gewalten gebührend heimzahlen.

Daß wir es hier mit einer Sondersteuer zu tun haben, der wir in Zeiten wirtschaftlicher Kraft nicht zustimmen würden und könnten, braucht keinen Augenblick verschwiegen zu werden. Aber Not bricht Eisen. Und daß in diesen Tagen der Not diese Luxussteuer als notwendig anerkannt wird, ja, daß sie darüber hinaus geradezu als volkstümlich angesehen werden kann, das ist ein erfreuliches Zeichen für die reisende Einsicht in wirtschaftliche Notwendigkeiten, die sich immer mehr in den Massen des Volkes Bahn brechen. Hoffen wir, daß diese Einsicht sich auch bei den Preußenwahlen bewähren wird. Die bürgerlichen Parteien in Groß-Berlin ziehen in den Wahlkampf mit der Parole: Für unbeschränkten Wohnungsluxus! Worten wie ab, ob diese Parole sich besser bewährt als die unsere: Heraus endlich aus der Wohnungsnot!

## Das Fünf-Jahre-Provisorium.

### Zur Wiedergutmachungsfrage.

In verschiedenen Morgenblättern tauchen Ankündigungen auf, die auf eine gewisse Wendung in der Wiedergutmachungsfrage hindeuten scheinen. Es handelt sich um die Frage, ob Deutschland auf das Recht, daß ihm die Gesamtsumme seiner Verpflichtungen am 1. Mai d. J. mütgeteilt werde, zugunsten jenes französischen Vorschlags verzichten soll, den man mit einem drastischen Bild als das „Probemelken“ bezeichnet hat. Danach soll von einer Festsetzung der Gesamtsumme zunächst abgesehen werden, und es werden bloß für die nächsten fünf Jahre Jahresraten festgesetzt, von denen bisher behauptet wurde, daß sie drei Goldmillarden betragen und in Waren abgezahlt werden sollen.

## Das Monokel.

Große Ereignisse kündigen sich durch Kleinigkeiten an. Ich stand am Morgen des 8. November 1918, wie gewöhnlich, auf dem Bahnhofsplatz, meinen Zug erwartend, als ein Herr in einfachem Zivil an mir vorüberging, der bis dahin regelmäßig in selbstgrauer Uniform und Schepplappel vor den Augen der ihn ehrfürchtig anblickenden Mitmenschen — doch nein: „Mitmenschen“ ist zu armehaft, denn das bedeutet ja eine Gleichstellung —, also vor den Augen des ihn ehrfürchtig anblickenden Volkes erschienen war. Auch seine elegante Altkleidermappe, in der er, seiner wichtigen Miene nach zu urteilen, sicher Altkleiderstücke von weltbewegender politischer oder militärischer Bedeutung allmorgendlich von seiner Wohnung in sein Berliner Bureau trug (vielleicht waren auch nur seine Frühstückstullen darin), hatte er heute nicht bei sich. Und als ich mich nun, aufmerksam geworden, nach seinen täglichen Gefährten umfah, da gemahrte ich — nur Zivil. Am nächsten Morgen war die Revolution da; die Herren hatten einen guten „Riecher“ bewiesen. Sie waren untergetaucht unter die namen- und monokellose Masse. Denn auch die Monokel waren schlagartig plötzlich verschwunden. All die auf einem Auge kurzschichtigen konnten nun mit einem Male ohne Eingangs deutlich wahrnehmen, was um sie herum Wertwürdiges vorging.

Da kam — die Trennung und damit Schwächung der regierenden Arbeiterparteien, und da kam auch — das Monokel wieder hervor, das seine Gebrechlichkeit vor den Stürmen der Revolution so lange vorsichtig in sicheren Futteralen geschützt hatte. Die einseitige Kurzschichtigkeit nahm in bestimmten Kreisen rapide zu und erreichte ihren Höhepunkt zur Zeit des Rapp-Putsch, worauf sie — aber nicht viel — wieder zurückging, um neuerdings, wie der Erlaß des Ministers Severing zeigt, wieder zuzunehmen. Sie scheint — ein Unglück kommt nie allein — eine Parallelerklärung zu jener krankhaften Selbstüberschätzung zu sein, für die der Volkstumult die sinnliche Bezeichnung „Vogel“ hat. Schopenhauer, der scharfsichtige Menschenkenner, nennt das Monokeltragen „die größte aller menschlichen Affereien“, und ein anderer meint (was auf dasselbe heraustritt), die Brille zeuge von schwachen Augen, das Monokel von einem schwachen — Geiste. Doch die Besitzer eines solchen sich durch Einfließen eines Glaschreibens für jedermann leicht kenntlich machen, ist im allgemeinen Interesse durchaus zu begrüßen. Andererseits aber liegt der Teilbestand des öffentlichen Kergernisses insofern vor, als kein normaler Mensch, ohne in seinen ethischen Empfinden befristet zu werden, in ein dergestalt verzerrtes, an sich schon geistloses Gesicht zu bliden vermag. Dazu kommt, daß das Tragen eines solchen Stück Glases für den Träger unter bestimmten Umständen von wegen der Zerbrechlichkeit nicht ohne Gefahr ist. Diese beiden letzten Gründe bestimmen uns, im Gegensatz zur „Täglichen Rundschau“, den Erlaß des Ministers Severing als für Gesunde wie für Defekte gleich nützlich zu halten. — Grch.

Wenn Deutschland wirklich auf die Festsetzung der Gesamtsumme zum 1. Mai verzichten sollte, so wäre das ein Verzicht auf ein wichtiges Recht und zugleich ein Entgegenkommen an die Alliierten, die über die Festsetzung der Gesamtsumme in einiger Verlegenheit sind. Dieses Entgegenkommen könnte aber für beide Seiten von Vorteil sein, wenn auf beiden Seiten die Absicht besteht, einen vernünftigen Anfang zu machen. Dazu ist notwendig, daß zunächst einmal einverständnis festgestellt wird, wie hoch die von Deutschland bereits erstatteten Leistungen zu Buche stehen. Ferner muß eingesehen werden, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands von verschiedenen Faktoren abhängt, die zu beinhalten mehr oder weniger in der Hand der Alliierten liegt, so vom Schicksal Oberschlesiens, von der Höhe der Besatzungskosten, von der Sicherheit der deutschen Güter im Ausland, von der wirtschaftlichen Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt, von der Gewährung von Krediten und einer gewissen eigenen Handelstonnage. Ohne die Lösung aller dieser Fragen bleibt jedes Zahlenspiel reiner Dilettantismus.

Aber auch wenn alle diese Fragen in günstigster Sinne geregelt werden, wird kein gewissenhafter Sachverständiger behaupten können, daß Deutschland in den nächsten fünf Jahren imstande sein werde, Waren für drei Milliarden Goldmark jährlich ohne jede Gegenleistung auszuführen. Dazu wäre eine Gesamtausfuhr notwendig, die erstens dem arbeitenden Deutschland die notwendigen Lebensmittelzuschüsse einbrächte über das hinaus, was seine Landwirtschaft produzieren kann, die zweitens ihm die Möglichkeit gäbe, so viel Rohstoffe einzuführen, wie es zur Produktion braucht und die dann drittens noch einen Uberschuß im Wert von drei Milliarden Goldmark, 50 Milliarden Papiermark, ergäbe, der ohne Rückvergütung hinausgeschickt werden kann. Deutschland müßte sich also auf eine Schleuderkonturrenz bis zur Selbstvernichtung einstellen, es wäre wirtschaftlicher Selbstmord und wirtschaftlicher Mord an den andern.

Wenn die Sachverständigen beider Seiten diese Sachlage genau überlegen, so werden sie zu dem Ergebnis kommen, daß der Plan Sendoug allerdings etwas Vernünftiges an sich hat, daß aber das Experiment viel vorsichtiger begonnen werden muß, als bisher vorgeschlagen worden ist.

## Der Eisenreif.

Die Deutschnationale Partei kommt mit ihrem Wahlauftrag zu den Preußenwahlen heraus, der ein Sammelsurium der gewohnten demagogischen Unwahrheiten und Uebertreibungen ist. Nach der Einleitung dieses Aufrufes herrschte in Preußen zurzeit wildestes Chaos, rechtlose Willkür, roter Terror, während das Bürgertum schüchtes den Verbrechern aller Art ausgeliefert sei. Solchen Unsinns braucht man nicht zu widerlegen, er stirbt an seiner eigenen Unwahrhaftigkeit.

Zweimal zitiert der Aufruf über mangelnde Unparteilichkeit der Rechtspflege. Wenn damit gemeint sein soll das Vergehen der preußischen Berufsrichter und bürgerlichen Geschworenen gegen alle Rapp-Verbrecher und Mörder im Ostpreußenkrieg, wenn damit gemeint sein soll die ungleichmäßige Anwendung der Amnestie gegen Arbeiter und Rappisten, der Freispruch der Marburger Heldenjünglinge, das ewige Entweichenlassen reaktionärer Verschwörer, wie jetzt erst im Waldenburger Fall, dann hat der Aufruf recht. Aber was die Deutschnationalen wollen, das ist nichts anderes als die Vollendung der Klassen- und Parteifass. Ihnen ist es wahrscheinlich noch zu viel, wenn heute, die sich die hanebüchsten Verleumdungen gegen sozialistische Minister aus den Fingern saugen, zu mäßigen Geldstrafen verurteilt werden, während die geringste Beleidigung eines rechtsstehenden Politikers prompt mit Gefängnis geahndet wird.

Am Schluß erklärt der Aufruf, daß Preußen stark erhalten werden soll, als der „Eisenreif“ — als das Symbol brutaler Unklammerung und Fesselung — ist das alte Preußen wahrlich gewesen, ein Eisenreif für die Arbeiterschaft, der sie fesselte, ein Eisen-

reif für die anderssprachigen Volksteile in den Grenzgebieten, ein Eisenreif für alle kulturellen Bestrebungen. Aber auch um das Gelingen vieler Leute hat sich das preußisch-militäristische Denken als Eisenreif gelegt; und uns will scheinen, die Deutschnationalen tragen ihn heute noch.

## Einigung.

In Wernigerode am Harz ist zwischen Sozialdemokratie und Unabhängigen die Einigung vollzogen worden. In dem Aufruf, der Mitteilung davon gibt, heißt es:

Wenn wir vor unseren Augen die Geschehnisse der letzten Vergangenheit vorüberziehen lassen, so müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß seit der Spaltung gewisser früherer Elemente in unserer Mitte die Arbeiterschaft insgesamt schwere Nachteile mit in Kauf nehmen mußte, denn naturgemäß ist eine in verschiedene Lager geteilte Masse in ihrer allgemeinen Aktionsfähigkeit immer mehr oder weniger gehemmt. Auch hier in Wernigerode trat diese Erscheinung mit jedem Augenblick mehr zutage. Unter Abwägung all dieser Verhältnisse kam man in unserer letzten Versammlung zu dem Ergebnis, der Geschlossenheit von rechts eine solche von links entgegenzusetzen.

In der Erkenntnis, daß bei der jetzigen Zersplitterung der Arbeiter die politische Gleichgültigkeit bei den Volksmassen gewaltig um sich greift und daß die Feinde des Volkes daraus den größten Gewinn ziehen, saßen die Funktionäre und die Mitgliederversammlung der U.S.P. den Beschluß, der Sozialdemokratischen Partei geschlossen beizutreten.

Mit Recht wird in dem Aufruf gesagt, daß gewiß noch mancherlei Meinungsverschiedenheiten bestehen, die sich bei beiderseitigen guten Willen heben lassen. Die Einigung wurde beschlossen in der Erkenntnis, daß es wichtiger ist, die Kampffront des Proletariats zu festigen, als eigenstänmig über abweichende Auffassungen in der Taktik zu stolpern.

## Der heldische Maxe.

In die Rundgebung des Reichspräsidenten muß Max Raurenbrecher seine Betrachtungen hängen. Er zeigt sich von der Seite der ihm angeborenen Tapferkeit, wenn er schreibt:

Er (Ebert) meint den abgesplitterten Brüdern aufrichtige Tränen nach. Aber er vergißt, daß sie nur deshalb abgesplittert sind, weil er und seine Freunde nicht fähig waren, die Führung des Volkes, die sie im Herbst 1918 freiwillig in die Hand nahmen, wirklich zu halten. Hätte Herr Ebert sich und die Seinen dazu aufgerafft, den Waffenstillstand nicht anzunehmen, hätte er die Rassen, die damals noch vertrauensvoll hinter ihm standen, von der Notwendigkeit weiteren Kampfes zu überzeugen versucht, so wären die abgesplitterten Gebiete nicht verloren gewesen.

Heute meint er blutige Jahren. Demals hätte er handeln sollen und nicht „Frieden schließen um jeden Preis!“

Ja, Ebert hätte allerdings daran denken sollen, daß es in Deutschland noch unverbrauchte Kräfte gab, die während der ganzen 4 1/2 Kriegsjahre keinerlei Pulver gerochen hatten, wie Max Raurenbrecher, Reinhold Wulle, Graf Westarp, Stresemann, das halbe Schock deutschnationaler Barden gar nicht mitgerechnet. Aber unseres Wissens haben diese auch im November 1918 nur Luft gezeigt, noch einmal die anderen tüchtig bluten zu lassen. ... Und dann noch eins, Max Raurenbrecher! Der Mann, der Frieden um jeden Preis geschrien hat, hieß unserer Erinnerung nach nicht Ebert, sondern Fudendorff! Einst hat Raurenbrecher die Geschichtsbüchlein bestritten, jetzt ist er selber einer.

In Hamburg hat der Wahlkampf für die neue Wahl der Hamburger Bürgerchaft in vollem Umfange eingesetzt. Die Neuwahlen finden am 20. Februar statt. Die sozialdemokratische Liste führt wie immer Otto Stolten, Bürgermeister von Hamburg und Mitglied des Reichstags. Genosse Stolten ist im Jahre 1901 als erster Vertreter der Hamburger Arbeiterschaft ins Parlament eingezogen. Die Sozialdemokratische Partei hat am gestrigen Sonntag in Hamburg in 40 000 Exemplaren eine Wahlzeitung verbreiten lassen.

Niederlage der Züricher Kommunisten. In der Hauptversammlung der sozialdemokratischen Preußen erzielten die Sozialdemokraten 850, die Kommunisten 125 Stimmen. Redakteur Robb Meiß, der Kommunist Dr. Ditz scheidet aus dem „Volksrecht“.

Ein Drama vom verlorenen Sohn. Aus Gera wird geschrieben: Mit seinem jüngsten dramatischen Erzeugnis kam im Neuhäuser Landestheater der Dichter Karl Rötiger zu Worte. „Dramatische Legende“ nennt er den Einakter, eine Dichtung von seltenem Reichtum der Stimmung, in der die biblische Geschichte vom verlorenen Sohn einfach und ungetrübelt behandelt ist. Als der jüngere Sohn des Hauses nach seiner Heimkehr mit einem Freudenfest empfangen wird, verachtet der ältere mit seinem hochmütigen die Festgäste und bleibt als Einsamer verdrübt zurück. Und doch zieht schließlich auch in seine Seele der Sonnenschein der alles verzeihenden Milde seines Vaters ein. Voll Scham und Reue rüht er die Festgäste zurück und schließt den Bruder in seine Arme. Alle schreiten erneut zum Feste. Im Mittelpunkt steht der weiße Alte, dessen Herzen beide Söhne gleich nahe stehen. Klar und einfach wie die Handlung gibt sich auch die Sprache. Paul Rebenwaldt hatte das Werk mit Hingebung in Szene gesetzt. Tiefe Ergriffenheit löste sich in dankbarem Beifall aus. R. B.

Slevoigt und Kirchner im Kronprinzenpalast. In der modernen Abteilung der Berliner Nationalgalerie sind jetzt für zwei führende Persönlichkeiten der älteren und jüngeren Kunstgeneration eigene Räume eingerichtet worden, für Max Slevoigt und E. A. Kirchner. Von Slevoigt besaß die Galerie bisher die Kirchhofszene des d'Andradeschen Don Juan, ein Rembrandt und eine Vogelensandtschaft. Dazu sind nun fünf Werke des Meisters als langfristige Leihgaben gekommen. Der d'Andradesche Don Juan aus der letzten Szene der Oper, der Kavalier in Gold und Braun, der entsetzt auf die weiße Normorhand starrt, die sich um seine rechte Hand krampft, 1903 entstanden, zeigt noch das Herauswachen der Slevoigten Kunst aus dem Stil seiner Münchener Zeit. Die anderen Leihgaben, 8 Jahre später gemalt, sind die farbigen Leihgaben kleinen Silber vom Festgottesdienst der Münchener Georgritter, der Prinzregent Luitpold in der Rittertracht, dann das Hochamt des Ordens.

Für kürzere Zeit sind in drei Räumen des Obergeschosses 15 Gemälde und 12 Zeichnungen von Kirchner ausgestellt worden. Landschaften, Szenen der Straße und aus dem Varietés, zeigen sie in eindrucksvoller Reichhaltigkeit die Kunst des Begründers der „Brücke“ in ihrer ganzen Eigenart und Gestaltungskraft. Im ersten Geschloß konnte ferner ein bisher unbekannter Saal der Galerie angegliedert werden: die beiden Räume enthalten nun Kunstwerke aus dem Kreise der Berliner Sezessionen.

Der „Maschinengewehr-Tanz“. Der als Futurist und Reklameheld berühmte S. I. Marinetti hat sich nun auch der Reform des Tanzes zugewendet. „Die Bewegung der Maschinen, Steuerräder, Kolben an Dampfmaschinen, Zahnräder und anderer Maschinenteile muß vereint werden, um die metallischen Grundgedanken des futuristischen Tanzes hervorzubringen,“ sagt er. „Dieser den Gang der Maschine nachahmende Tanz wird begleitet von jenen Geräuschen, die die Sprache des neuen, der Maschine angepaßten Lebens ausmachen. Die Bewegungen des futuristischen Tanzes werden unharmonisch, unregelmäßig, unsymmetrisch, ungleichmäßig.“ Marinetti kündigt dann die drei ersten futuristischen Tänze an, die er als den „Maschinengewehr-Tanz“, den „Schrapnell-“ und den „Flieger-Tanz“ bezeichnet. — Wird Dada auf seinem Ball diese Tänze einführen?

Der Karneval in München. Aus München wird geschrieben: „München soll in diesem Jahre nicht nur seine Schaffertänze, sondern auch seinen Karneval haben, und auch hier will man den losen, ausgelassenen, übermäßigsten Buden der Vorkriegszeit durch den harmlos fröhlichen Burlesken ersetzen, der in dem lieben behaglichen Alt-München alle Herzen entflammte. Das Fremdländische wird in Wort und Schrift bedämpft, die amerikanischen Tänze sollen weichen und dafür der Bolser, die Quadrillen, die Polonäsen wieder zu Ehren kommen, damit jeder sich auf sich selbst und die Eigenart und Vergangenheit seiner Heimatstadt besinne. Überall in den blumen- und fahnen geschmückten Sälen der Stadt haben die Redouten begonnen, die sich in diesem Jahr durch die auf elf Uhr festgesetzte Polizeistunde in einem recht engen Rahmen bewegen müssen. Die für den Mittelstand so einschneidende Toilettenfrage wurde auf die einfachste Art gelöst und fast überall die alte materielle Volkstracht und das Dirndlkleid zugelassen. Die lebenspendende Freude, die den Alttag vergoldet, läßt in ganz München wieder ihre bunten Bänder flattern und ihre fröhlichen Raketen hoch über alle Dächer steigen.“

Wirklich? Doch wohl nur in dem Teile Münchens, der sich in der Konterrevolution wohl fühlt und sich austoben will.

Theater. Schillers Kabale und Liebe wird in einer vollständigen Neuinszenierung im Deutschen Theater Sonnabend, 22. Januar, aufgeführt.

Musik. Die Große Volksoper Berlin hat Heinrich Schumann für ein großes Volkskonzert am 21. in der Bräunerlei Gopphold, Hofenstraße, gewonnen.

Porträte. In der Hochschule für Politik beginnt Mittwoch 8 Uhr der Wirtschaftspolitische Vortragskursus mit einem Vortrage von Dr. S. H. B. über „Kapital- und Gemeindegeldverteilung als Grundlage planmäßiger Wirtschaftspolitik“. Karten im Sekretariat Schindlerstraße 8. — Kurze über Gemeindegeldverteilung (sozialistische Kritik) von Dr. K. R. H. sind am Freitag 7 Uhr in der Volkshochschule Schöneberg (Montag 7 Uhr), Volkshochschule Steglitz (Dienstag 7 Uhr), Volkshochschule Wilmersdorf (Donnerstag 8 Uhr).

Kunst. L. Weaver läßt auf Einladung der Volkshochschule Donnerstag Abend 7 Uhr im Gymnasium zum Grauen Kloster (Klosterstr. 73) aus eigenen Werken.

Der Karnevalskampf für den Presseball beginnt am Sonnabend, 22. Januar, in der Gesellschafts- und Rechenstr. 13 L. Zur Eröffnung einer Karte ist die Einführung durch ein Mitglied des Vereins Berliner Presse erforderlich.

Das Deutsche Bühnenjahrbuch ist soeben in seinem 22. Jahrgang für 1921 erschienen. Gemeinlich herausgegeben von der Genossenschaft mit dem Bühnenverein, enthält es alles wichtige Kalender-, Adressen- und Dokumentenmaterial. Außerdem gibt es alle den Bühnenmann interessierenden Auskünfte, z. B. über die lebenden Bühnenschriftsteller, aber donarische Werke, Gebenstage, Lotterien usw. Auch die Volksbühnenvereine sind aufgeführt. Unter den Gedankenteilen ist der über das Kama-Schach-Stück besonders hervorzuheben.

Der Hofkünstler erklärt ruhig weiter. Im Organ der Varietés ist sein Werk: „Erziehung eines Varietéschülers“, A. U., der bekannte Musikant, gab während seines Gastspiels eine Sondervorstellung vor dem Großherzog Ernst Ludwig von Hessen, erhielt ein glänzendes Anerkennungsdiplom mit der Ernennung zum Hofkünstler und wurde noch mit einer kostbaren Brillantnadel mit Rubinen und Krone ausgezeichnet.



## Die Mitschuldigen.

Die „Deutsche Zeitung“ gibt eine „Bestnummer“ zum 50. Jahrestag des Deutschen Reichs heraus, die eine Demonstration des Chauvinismus und Judentums bedeutet. Seltsam ist die Liste der Mitarbeiter an dieser Nummer: natürlich Herr Rechtsanwalt Heinrich C a h, der alte, und Herr Pastor R a u r e n d r e c h e r, der neue altdeutsche Epigonenleiter, dann Herr Oberfinanzrat B a n g, kappischer Minister und nur durch die Gnade des Volkes in Freiheit, G o e t h e (den man wahrscheinlich nicht um Erlaubnis gefragt hat und der eigentlich schlecht zum Ländchen paßt, dieser Napoleonabemunderer!), einige Generale (von Liebert, von Gebjattel), ein toter Hochprediger, den man auch nicht gefragt hat, ob es ihm recht ist, antijüdisch ausgeschlachtet zu werden, und ein lebendiger Hochprediger, namens K o c h, der die Kleinigkeit, daß Wilhelm II. auf die Krone verzichtet hat, vergißt, wenn es gilt, einen Oberbürgermeister von Berlin des Eidbruchs zu bezichtigen, ferner Adolf B a r t e l s, von dem man schon lange weiß, daß er jede Haltung verliert, wenn er Judas Odem rührt, der Breslauer Verfasser von Literaturgeschichten für höhere deutsche Schullehrer, Hans von W o l z o g e n, der Erbe des behenden Mundwerks des allerdings nicht ganz „unverpanzten“ Richard Wagner, aber nicht seines Genies, Theodor Storm, dessen Andenken man einen Dienst erweist, wenn man über seinen Antisemitismus schweigt, ein Kaiser Theodor R o c h o l l, dessen gemalte „Schinken“ jeden Juden in die Flucht schlagen müssen und daher bei Antisemiten sehr beliebt sind, ein Finanz-Hilfsminister mit dem im Rahmen der „Deutschen Zeitung“ höchst verdächtigen Namen G o l d a u (sollte sie wirklich? wie entsehl!) und schließlich noch der Freiburger Historiker Georg von B e i o w, den wir nur sehr ungern in dieser Gesellschaft sehen. Aber schließlich, was kann man von einem Geschlecht verlangen, das Goethe zur Verherrlichung des Antisemitismus in dieselbe Narrenzelle setzt, wie den Hochverräter Bang?

## Betriebsräte und Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages beriet am Dienstag den Etat des Reichsarbeitsministeriums. Referent Hoch (Soz.) fragt, ob tatsächlich Angestellte überflüssig wären und ob durch die erfolgten Entlassungen nicht etwa die Arbeiten leiden. Abg. Dr. P a u l s e (Dem.) wünscht baldigste Vorlegung des Schlichtungsgesetzes, das von seiner Partei bereits seit einem Jahr erwartet und als Korrelat des Betriebsrätegesetzes gefordert wurde. Er wünscht ferner nähere Auskunft über den Stand der Arbeiten an dem einheitlichen Arbeitsrecht. Abg. G e i s e r (D. Sp.) bittet um Auskunft über die Maßnahmen gegen den Terror der Betriebsräte. Hier fließt eine Rede im Betriebsrätegesetz. Der Terror mehrte sich in Landwirtschaft und Handwerk. Redner bittet den Minister um Schutz der Koalitionsfreiheit. Reichsminister Dr. Brauns: Die Durchführung des Betriebsrätegesetzes erfordert eine Reihe von Ergänzungsmaßnahmen. Wegen der Vertretung der Betriebsräte im Aufsichtsrat ist ein Entwurf fertiggestellt worden, der zurzeit dem Reichstagsrat vorliegt. Ein Gesetz über die Vorlegung der Betriebsbilanz und der Betriebsgewinn- und Verlustrechnung wird vom Reichsjustizministerium bearbeitet. Der Entwurf ist bereits im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat verabschiedet. Eine neue Arbeitsordnung ist vom Ministerium bereits unter Mitwirkung der großen Berufsverbände ausgearbeitet und veröffentlicht worden. Der Versuch, selbständige Entwürfe über die Schaffung von Bezirksarbeitsgeräten aufzustellen, hat zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Der Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist im Sommer dem Reichsrat vorgelegt worden. Die Entwicklung, die der Arbeitsmarkt seither genommen hat, läßt jedoch zurzeit eine Arbeitslosenversicherung sehr gewagt erscheinen. Deshalb habe ich dem Kabinett vorgeschlagen, den Gesetzentwurf einstweilen zurückzuziehen und stattdessen die Erwerbslosensicherung im Sinne eines Ueberbrückungsgesetzes zur Arbeitslosenversicherung umzugestalten. Die Verordnung über die Erwerbslosensicherung ist geändert worden, indem die Kurzarbeiter von der Wartzeit befreit, die Kurzarbeiterunterstützung allgemein, die übrigen Unterstützungen für die gegenwärtigen Wintermonate erhöht und die Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung beseitigt worden ist. Die Bestimmungen über die produktive Erwerbslosensicherung sind weiter ausgebildet und verfeinert worden. Ein Gesetz über die Anrechnung der Arbeiten zur Herstellung eines einheitlichen Arbeitsrechtes. Als die wichtigste Aufgabe meines Ministeriums auf dem Gebiete des Wohnungswesens sehe ich die Aufrechterhaltung des Wohnungsbauens an. Zu diesen Zwecken sind bisher einschließlich der Aufwendungen für Bergmannswohnungen, allgemeinen Wohnungsbau, Dauerwohnungen, Notwohnungen usw. für annähernd etwa 97 000 Wohnungen in Angriff genommen, wovon der übergroße Teil inzwischen fertiggestellt sein dürfte. Was die Versorgung der Kriegsoberarbeiter betrifft, so hat das Ministerium alle Kräfte daran gesetzt, um das im Juni 1920 verabschiedete Reichsversorgungsgesetz möglichst bald zum Vollzug zu bringen.

## Wirtschaft

### Die Krise am Frachtmarkt.

Aus London meldet M. B.: Der Frachtmarkt zeigt einen weiteren Rückgang der amerikanischen Kohlenfrachten. Sie notieren nach Rotterdam 4 Dollar gegenüber 8 Dollar vor zwei Wochen oder 22 Dollar vor einem Jahr. Das bedeutet nach Ausrufung von Sachverständigen einen Verlust von 2 Dollar pro Tonne. Die Einführung der verkürzten Arbeitszeit auf den staatlichen Werken wird am 24. Januar trotz des Protestes sämtlicher Arbeiter in der Weise durchgeführt, daß täglich eine Stunde weniger gearbeitet wird. Die Löhne werden inzwischen reduziert.

Wird der Preisabbau möglich? Diese Frage bejaht für die Textilindustrie der Berliner Wäscheindustrie Moritz Rosenthal in einem Artikel im „Konfektionär“, in dem er schreibt: „Von einem Eingreifen der Gesetzgebung oder der Verwaltung verspreche ich mir gar nichts. Im Kaufmann selbst liegt die Möglichkeit der Tat. Ist der Kaufmann aus eigener Kraft in der Lage, die Preise auf ein für die geschwächte Kaufkraft des Publikums erträgliches Maß herabzusetzen? Ich antworte: Ja. In dem Fall nämlich, daß jeder, der an der Warenherstellung und am Warenabsatz beteiligt ist, in gleicher Weise sich mit einem geringeren Gewinnanteil begnügt. Der Unternehmer muß, nachdem er in den letzten zwei Jahren die angemessenen Gewinnaufschläge genommen hat, dazu übergehen, den Gewinn abzubauen und zu verlusten, durch niedrige Preisstellung den Absatz zu beleben. Verständigen sich alle in Betracht kommenden Faktoren, vom Spinner bis zum Detailisten, über eine gleichmäßige Herabsetzung des Gewinnaufschlages, so kann der Endpreis der Ware um einen erheblichen Teil gegen den jetzt allgemein geforderten vermindert werden. . . . Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Was früher während der Kriegszeit staatlichem Zwange möglich war, wird viel wirksamer durch freie Vereinbarung der Organisationen und die Uebereinstimmung aller Beteiligten erreicht werden.“ — Dieses Urteil eines Unternehmers, das leider nur von wenigen geteilt wird, verdient gegenüber den gegenteiligen Behauptungen anderer Interessenten festgehalten zu werden. Allerdings fehlt die Durchführung der Forderung eine starke Organisation voraus.

## Groß-Berlin

### Berlin im Schnee.

#### Verkehrsstörungen überall.

Das früh aufstehende arbeitssame Berlin sah die Stadt heute im letzten weißen Kleide. Die weiße Herrlichkeit hatte bereits gestern abend begonnen und sich zu einer so vollständigen Decke ausgedehnt, daß alles Grau am frühen Morgen wohlwiegend bedeckt war. Es schneite auch lustig weiter, als die Ersten auf die Straße traten und das fragwürdige Wunder der völlig beschnittenen Straßenbahnschienen voll Andacht zur Kenntnis nahmen.

Natürlich fuhr sie nicht. Wenigstens dauerte es mehrere Stunden, bis die Schienen soweit freigelegt waren, daß die ersten Rollwagen verkehren konnten. Wie das gewöhnlich so ist, setzte ein Sturm auf die Untergrundbahn und die Stadt- und Ringbahnlinien ein, die bei weitem nicht imstande waren, dem erhöhten Verkehr zu genügen. Die Hauptstationen der Untergrundbahn waren bis in den späten Vormittag hinein von dichten Menschenmassen belagert und obgleich die Züge in kürzeren Abständen verkehrten, nahm die Masse der Fahrgäste kaum ab.

Auf der Stadtbahn hielten sich die unentwegten Freiluftfahrer wieder der Tribüne und Puffer bemächtigt und es war sozusagen ein richtiger Winterport, der sich auf ratternden Zügen durch den immer dichter werdenden Flockenschleier bewegte. Es gab, da Weichen und Kreuzungsstellen und zum Teil auch die Signale durch den Schnee gelitten hatten, die gewöhnlichen Verspätungen, die oft sehr beträchtlich an Ausdehnung gewannen.

Inzwischen waren die sonst rieselnden Flocken immer leichter und leichter geworden und verwandelten sich schließlich in den schönsten Regen, dem es nach kurzer Zeit auch gelang, den wenig besetzten, aber für Berlin so typischen Matsch zu erzeugen. Das ging um so leichter, als die ständige Berliner Straßenreinigung, von der Aussichtlosigkeit aller Säuberungsversuche überzeugt, Schnee und Matsch Matsch sein ließ.

#### Was die Straßenbahn sagt.

Aus einer Erklärung, die Stadtbaurat Adler über die Tätigkeit der Straßenbahn zur Beseitigung der Schneemassen gab, ist zu entnehmen, daß bereits in der Nacht mehrere Wagen auf der Straße liegen geblieben waren. Noch in der Nacht wurde ein Teil des Personals alarmiert. Man schickte 70 Schneepflüge auf die Straße. Es zeigte sich aber bald, daß auch diese in dem Schnee nicht vorwärts kamen, so daß man Treibwagen vorspannen mußte. Das gesamte Netz der Straßenbahn war zunächst betriebsunfähig. Immerhin setzten bereits in der Frühe einzelne Linien wieder ein. Besondere Schwierigkeiten bereitete die Wiederaufnahme des Verkehrs die Tatsache, daß besonders in den Außenbezirken die Gleise stark vereist waren. Man versuchte diesem Uebelstand durch Salzstreuen abzuwehren. Im Laufe des Vormittags besserte sich der Verkehr langsam. Die Straßenbahnleitung hofft, daß im Laufe des Nachmittags der Verkehr in Berlin wieder ziemlich voll im Gange sein wird. Auf den Vorortlinien dagegen dürften die Schwierigkeiten nicht so schnell überwunden werden.

Die städtische Straßenbahn hatte, wie uns gemeldet wird, durch Plakate und von den Arbeitsnachweisen möglichst viel Hilfskräfte verlangt, doch meldeten sich im ganzen, trotz der großen Zahl Erwerbsloser, nur 1300 Personen zur Beseitigung des Schnees. Insofern war es nur möglich, die Hauptverkehrsstraßen passierbar zu machen, während ganze Stadtteile unberücksichtigt bleiben mußten. Der Straßenbahnverkehr setzte auf den Hauptlinien in der Mittagsstunde wieder ein und man hofft gegen Abend den Betrieb wieder in vollem Umfang aufnehmen zu können.

#### Besteuertes Vergnügen.

Der Steuerauschuß der Stadtverordnetenversammlung setzte gestern die allgemeine Aussprache über die Kinosteuer fort und beschloß, sie „Ordnung zur Besteuerung von Lustbarkeiten usw.“ zu benennen. Die Aussprache drehte sich ausschließlich um die Frage, wie die Steuer den eigenartigen Kartenverkaufsverhältnissen angepaßt werden könne, die sich im Berliner Theaterleben entwickelt haben. Es ist bekannt, daß nicht alle Theater ihre Karten zum Nennpreis abgeben, sondern daß sie die Karten oder auch ganze Vorstellungen an Firmen, Vereine und Gewerkschaften zu ermäßigten Preisen abgeben. Sowohl von der linken wie von der rechten Seite des Ausschusses wurde übereinstimmend hervorgehoben, daß man das Theater da, wo es kulturelle und künstlerische Aufgaben erfüllt, schonen müsse und müsse; aber der neue Reizung, der jetzt die teueren und teuersten Plätze in den Theatern einnehme, müsse doch kräftig zur Lustbarkeitssteuer herangezogen werden. Es wurde auch der Vorschlag gemacht, ob die Theater nicht statt der baren Steuerzahlungen dem Magistrat Plätze oder ganze Theatervorstellungen zur Verfügung stellen könnten. Die allgemeine Aussprache schloß, ohne daß in dieser Frage ein Beschluß gefaßt wurde.

In der darauf beginnenden ersten Sitzung der Steuerordnung trat im Steuerauschuß übereinstimmend die Ansicht hervor, daß die Pferderennen und die dabei zutage tretende unnötige Spielwut weiter Kreise scharf besteuert werden müsse. Von Seiten des Magistrats wurde gewarnt, in dieser Beziehung den Bogen allzu scharf zu spannen, weil sonst die Rennen und auch viele Fremdenkreise von Berlin wegbleiben würden. Das Bestreben des Steueraususses fand zunächst seinen Ausdruck darin, daß im § 1 der Steuerordnung als 18. besonders hoch zu besteuern Gruppe von Vergnügungen aufgeführt wurde: Wettsfahrten und Wettrennen, insbesondere Pferderennen. — Die weitere Beratung wurde auf Freitag abend vertagt.

#### Die Erpresserkette.

##### Wenn einer Brotkrumen laufen will.

Mit unglaublicher Frechheit handelte eine Erpresserbande gegenüber einem Bäckermeister aus der Berliner Straße zu Tempelhof, der einmal unbedacht geduldet hatte, daß er gern Brotkrumen laufen würde.

Zwei junge Burken namens Krud und Schadow aus Mariendorf, die davon hörten, beschloßen gleich, dieses für sich auszunutzen. Der Bäckermeister ging auf einen Vorschlag Kruds ein, stakte 1600 M. in die Tasche und zog mit dem jungen Manne nach dem Alexanderplatz. Unserwegs ließ sich dieser das Geld einhändigen, um für den Meister die Kruten zu kaufen. Als er nun mit diesem das Warenhaus Lieg erreicht hatte, kamen zwei Zielfisten unmittelbar an ihnen vorbei. Der eine hatte den anderen an einer Handkette und so mußte man den einen der Männer für einen Kriminalbeamten, den anderen für seinen Arrestanten halten. Beim Vorübergehen an dem Bäckermeister und seinem Begleiter sagte dieser zu dem Meister, der Arrestant sei der Mann, von dem er die Brotkrumen kaufen wollte. Kaum aber hatte er dies gesagt, als der „Kriminalbeamte“ auf ihn zutrat und ihn ebenfalls für verhaftet erklärte. Der Bäckermeister aber machte, daß er aus dem Staube kam. Nicht wenig überrascht aber war er, als der junge Krud sich schon am nächsten Tage wieder bei ihm einfand. Dieser erzählte ihm zunächst, daß man ihn auf dem Polizeipräsidium

die 1600 M. abgenommen habe. Er könne diese nicht nur nicht wiedergeben, sondern der Meister müsse ihm weitere 2000 M. vorschießen, die er an einen Rechtsanwalt zahlen müsse, der seine Freilassung durchgesetzt habe. Schwere Herzen griff der Bäckermeister tiefer in den Geldbeutel und zahlte auch die 2000 M. Brotkrumen hatte er zwar immer noch nicht, aber er wollte auch keine Scherereien.

Die 3000 M., die er so schnell losgeworden war, hatte er noch gar nicht vermisst, als ein neuer Erpresser auf der Bildfläche erschien. Er zeigte ein Schreiben, nach dem er 2000 M. zu hinterlegen hätte, andernfalls er wieder verhaftet werde. Als der Meister ihm diesen Betrag nicht freiwillig vorsetzen wollte, drohte er ihm, daß er ihn wegen Brotkrumenhandels anzeigen werde. Der Bäckermeister zahlte schließlich auch diese 2000 M., hatte nunmehr 5000 M. bezahlt, zwar immer noch keine Brotkrumen, glaubte aber nun endlich Ruhe zu haben. Krud und Schadow ließen sich auch nicht mehr sehen, dafür aber jetzt der Vater des jungen Mannes, der dem Bäckermeister heftige Vorwürfe darüber machte, daß er seinen Sohn verführt habe. Er verlangte und erhielt von dem Meister schließlich auch noch eine Geldentschädigung.

Die Erpressungen würden wahrscheinlich noch weiter fortgesetzt worden sein, wenn nicht die Kriminalpolizei schließlich durch eine dritte Person, der der Meister von seinem Mißgeschick erzählt hatte, auf die Erpresserkette gegen den Meister aufmerksam gemacht worden wäre. Sie verhaftete Krud und Schadow und stellte so fest, daß sie ihre Festnahme dem Meister nur vorgekauft hatten.

#### Kampfkriegen vor Gericht.

Vor der Strafkammer des Landgerichts III fand heute vormittag die Verhandlung gegen einen Eisenbahnarbeiter statt, der des Diebstahls von Bahngütern überführt worden war. Als der Gerichtshof verkündet hatte, daß der Angeklagte zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei, übersprang dieser plötzlich die Barriere und streckte, den wilden Mann spielend, in sinnloser But den Ankläger mit einem Faustschlag zu Boden. Leutnant v. Bülow von der Schutzpolizei, der sich im Zuhörerraum befand, warf sich dem Wütenden entgegen, und schloßerte ihn nach hartem Ringkampf zu Boden. Da der Tobende seinen Widerstand fortsetzte, mußte der Offizier, dem niemand zu Hilfe eilte, alle Kräfte aufzubieten, um des Rasenden Herr zu werden.

#### Das Erbe des Wohnungverbandes.

Man schreibt uns: In Ihrer Nr. 14 meldeten Sie, daß der Wohnungverband Groß-Berlin seine Geschäfte abgelassen und dem Siedlungsamt Ueberfläche hinterlassen habe. Es wird Sie interessieren zu erfahren, wie diese Ueberfläche zu einem guten Teil zustande gekommen sind. So war die Siedlungsamtliche Wohnungsverwaltung äußerst mangelhaft. Schon früher mußte darüber Klage geführt werden, daß in den vom Wohnungverband hergestellten Holzhäusern und Paradenwohnungen die Anlagen wesentliche Mängel aufwiesen. Ein Teil der Häuser, die zu mehr als angemessenen Preisen veräußert werden, entbehrt der Wasserleitung; gegen Diebstahlgefahr ist keinerlei Vorkehrung getroffen, ein Fensterbruch wird abgelehnt, Feuerweiber gibt es in einzelnen Kolonien ebenfalls nicht. Dabei sind die Mietpreise ohne Rücksicht auf die zum Teil sehr schwer trageverletzten Mieter und Familienmitglieder festgesetzt, und obwohl es sich um dieselben Häusertypen handelt, sehr verschieden hoch. Zwar hat der Wohnungverband dem Drängen der Mieter auf Abhilfe einzelner schon früher gestützter Mißstände noch langen Verhandlungen stattgegeben. Ein guter Teil aber besteht noch heute fort und wurde aus „Mangel an Mitteln“ abgelehnt. Wenn man dies feststellt, gewinnt man fast den Eindruck, als habe der Wohnungverband die tatsächlichen Kosten dieser Aufgabe für das neue Siedlungsamt aufgehoben, und es wäre wirklich nicht zu verwundern, wenn dieses jetzt infolge der notwendigen erhöhten Aufwendungen finanziell unzulänglicher arbeiten müßte. Da es sich hier um über tausend Familien handelt, so kommen stattliche Beträge, die schon früher hätten aufgewandt werden müssen, in Frage. Es wäre interessant, nachzuforschen, ob auch auf anderen Gebieten des Wohnungswesens das Erbe des Wohnungverbandes so verlustbringend ist.

Die Bekämpfung in Heil- und Pflegeanstalten war bekanntlich auch vor dem Kriege schon eine Quelle ständiger Unzufriedenheit von Patienten. In der Kriegszeit wurden die Kostmängel noch sehr viel schärfer für die Anstalten, weil leibhaftig auch sie sich den Wirkungen der allgemeinen Lebensmittelknappheit nicht entziehen konnten. Für die breiten Massen der Bevölkerung ist die Wiederkehr normaler Ernährungsverhältnisse heute noch in weiter Ferne, aber dem zahlungsfähigen bereitet die Heranschaffung ausreichender Nahrung keine nennenswerten Schwierigkeiten mehr. Auch die Anstalten könnten ihre Anstalten wieder leiblich nähren, wenn sie das nötige Geld dranzubringen wollten. Es scheint aber, daß die Heil- und Pflegeanstalten sich in diesem Punkt nicht zu den zahlungsfähigen rechnen und daher an der Ernährung der Kranken knappen zu müssen scheitern. Die Beschwerden von Anstaltsinsassen über die Unzulänglichkeit der Bekämpfung haben sich in letzter Zeit gemehrt, und zwar wird besonders gerügt, daß die Speisen mit zu wenig Fett zubereitet werden. Aus der Universitätsklinik für innere Krankheiten erfahren wir, daß über solche Mängel nicht nur Patienten, sondern auch Angestellte klagen. Raumknappheit verbietet uns, jede der aus Anstalten uns zuehenden Beschwerden dieser Art hier wiederzugeben. Wir empfehlen aber den Verwaltungen aller Heil- und Pflegeanstalten, ernstlich auf Abhilfe bedacht zu sein. Soll bei schlechter Ernährung ein Kranker gesund werden?

Einen Lehrgang zum Kampf gegen die Schundliteratur veranstaltet der Verband deutscher Volksbildungsvereinigungen zusammen mit dem Ausschuss der deutschen Jugendverbände, der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur und dem Groß-Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schundliteratur und des Kinounwesens am 3., 4. und 5. Februar in Berlin (Stadthaus). Erörtert werden u. a. die gesetzlichen Handhaben sowie die Mitwirkung der Schule, der Jugendbewegung und des Buchhandels. Redungen spätestens bis 25. Januar bei der Geschäftsstelle des Verbandes deutscher Volksbildungsvereinigungen (Lugsburger Str. 61). Teilnahmegebühr 25 M.

Die Neuwahl der Elternbeiräte in Neutölln, die für alle Gemeindeschulen, ausschließlich der katholischen und Hülfschulen, auf Sonntag, den 13. Februar 1921, festgesetzt war, ist bis Ende März 1921 hinausgeschoben worden. Es soll im Interesse der Schüler vermieden werden, daß die Vorbereitungen zu den Elternbeiratswahlen mit den politischen Wahlen zusammenfallen. Der neue Wahltermin wird später bekanntgegeben werden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 19. Januar:

Blasert, Frauenabend 7 1/2 Uhr bei Paroth, Marzahnstr. 31. Referent: Gemalte Frauen.

#### Achtung! Genossinnen!

Funktionärinnenversammlung Mittwoch, den 19. d. M., nachmittags 6 Uhr, Schulstraße 32/34. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Hanna, M. d. L.: „Landtagswahlen — Zukunftsbedeutung“ 2. Aussprache. 3. Verschiedenes. (Mitgliedsbuch legitimiert!)

#### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Volksbildungsverein Schöneberg, Oberstr. 9 (Berlinal). Donnerstag, 27. Januar, 8 Uhr, Vortrag von Bibliothekar König: G. E. Hoffmann. Eintritt frei für Jedermann. — Englisch-amerikanische Vortragsreihe im Englischen Seminar, Dorotheenstr. 6, Gartenhaus, Freitag, 21. Januar, 8 1/2 Uhr. 3. Vortrag: H. G. Wells und die Novels of Purpose. (Aus persönlicher Kenntnis des Verfassers.)



